

Geschäftsbericht

2015



Vertreterversammlung: 5. Juli 2016

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Lagebericht	3
Jahresabschluss	
Jahresbilanz	10
Gewinn- und Verlustrechnung	14
Anhang	
Erläuterungen zur Jahresbilanz – AKTIVA	16
Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr	18
Erläuterungen zur Jahresbilanz – PASSIVA	19
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	23
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	25
Bericht des Aufsichtsrates	26
Aufsichtsrat und Vorstand	26

Überblick

Der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. betrieb im Berichtsjahr 2015 die Krankheitskosten-, die Krankenhaustagegeld-, die Krankentagegeld- sowie die Pflegekranken-, Pflegepflicht- und die geförderte Pflegevorsorgeversicherung.

Versicherungsgeschäfte gegen feste Entgelte im Sinne von § 21 Abs. 2 Versicherungsaufsichtsgesetz in der bis zum 31.12.2015 gültigen Fassung (VAG) sind – mit Ausnahme der Reisekrankenversicherung – nicht abgeschlossen worden.

Der Geschäftsverlauf des Landeskrankenhilfe V.V.a.G. war im Berichtsjahr 2015 trotz schwieriger Rahmenbedingungen zufrieden stellend.

Die LKH erstattete ihren Mitgliedern im Berichtsjahr 61,9 Mio. EUR der Beiträge für die Krankheitskostenvollversicherung zurück. Versicherte, die für das Kalenderjahr 2014 keine oder nur geringe Versicherungsleistungen beansprucht hatten, erhielten eine Beitragsrückerstattung für Schadenfreiheit von bis zu vier Monatsbeiträgen der anspruchsberechtigten Tarife. Mitglieder in den geschlechtsunabhängig kalkulierten Tarifen A/S/Z profitierten stattdessen von der Beitragsrückerstattung bei Leistungsfreiheit. Dieser Sofortüberschuss beträgt bis zu 40 % des ambulanten Beitrages und wird monatlich berücksichtigt.

Ebenfalls erfolgten Gutschriften für alle Versicherten, die an der Beitragsrückerstattung für kostenbewusstes Verhalten teilgenommen haben. Die Gutschrift beträgt 5 % der tariflichen Beiträge der substitutiven Krankheitskostenversicherung.

Für die Jahre 2016 und 2017 hat die LKH bereits beschlossen, die Beitragsrückerstattungen für Schadenfreiheit und Leistungsfreiheit fortzusetzen. Die Beitragsrückerstattung für kostenbewusstes Verhalten wird überdies für die Jahre 2016 bis 2018 unverändert fortgesetzt.

Versichertenbestand

Am 31.12.2015 waren 192.823 natürliche Personen im Rahmen einer Vollversicherung versichert (Vorjahr: 196.147). Die Gesamtzahl der versicherten natürlichen Personen betrug am Ende des Geschäftsjahres 372.399 (Vorjahr: 379.270). Wie sich der Bestand auf die einzelnen Versicherungsarten verteilt, ergibt sich aus den Angaben im Anhang.

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge betragen 818.171 TEUR im Jahr 2015 (Vorjahr: 807.198 TEUR). Geschäftsschwerpunkt war, wie auch in den Vorjahren, die Krankheitskostenvollversicherung.

Im Berichtsjahr 2015 entfielen auf	Gebuchte Bruttobeiträge	Anteil in %
- Krankheitskostenversicherungen	676.715 TEUR	82,7
- Krankentagegeldversicherungen	22.854 TEUR	2,8
- Selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	8.130 TEUR	1,0
- sonstige selbständige Teilversicherungen	59.589 TEUR	7,3
- Pflegepflichtversicherungen	49.827 TEUR	6,1
- Auslandsreisekrankenversicherungen	1.056 TEUR	0,1
	818.171 TEUR	100,0

Versicherungsgeschäftliches Ergebnis

Nach Abzug der Aufwendungen für Schäden und Kosten von der Jahresbeitragseinnahme verblieb ein versicherungsgeschäftliches Ergebnis in Höhe von 189.616 TEUR (Vorjahr: 168.703 TEUR). Auf Grundlage der verdienten Bruttobeiträge belief sich die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote auf 23,2 % (Vorjahr: 20,9 %). Diese und die im Folgenden genannten Quoten beruhen auf den vom Verband der privaten Krankenversicherung e.V. empfohlenen Berechnungsformeln. Die Quoten des Vorjahres wurden an die neue Berechnungsweise angepasst.

Schadenquote

Die Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich der Regulierungsaufwendungen stiegen auf 535.640 TEUR (Vorjahr: 522.568 TEUR). Unter Berücksichtigung der Zuführungen zu den Rückstellungen für das mit dem Alter wachsende Risiko und den aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) entnommenen Beiträgen sowie der erhaltenen und gezahlten Übertragungswerte betrug der Schadenaufwand insgesamt 604.840 TEUR; bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge belief sich damit die Schadenquote auf 73,9 % (Vorjahr: 76,1 %).

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb:

Die Abschlusskosten betragen 11.441 TEUR (Vorjahr: 11.590 TEUR). Bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge ergibt sich hieraus eine Abschlusskostenquote von 1,4 % (Vorjahr: 1,4%).

Die sonstigen Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich auf 12.274 TEUR (Vorjahr: 12.583 TEUR); das sind 1,5 % (Vorjahr: 1,6 %) der verdienten Bruttobeiträge.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen wuchsen gegenüber dem Vorjahr um 5,5 % auf 6.486,9 Mio. EUR. Die Erträge aus den Kapitalanlagen beliefen sich im Berichtsjahr auf 144,6 Mio. EUR.

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen überstiegen die laufenden Aufwendungen für Kapitalanlagen um 141.362 TEUR (Vorjahr: 151.141 TEUR). Es ergibt sich eine laufende Durchschnittsverzinsung von 2,2 % (Vorjahr: 2,5 %). Weitere Einzelheiten in diesem Zusammenhang sind im Risikobericht dargestellt.

Überschuss

Nach Bildung der versicherungstechnischen und anderen erforderlichen Rückstellungen und nach Buchung von Abschreibungen und Steuern schließt das Geschäftsjahr mit einem Überschuss in Höhe von 159.559.829,12 EUR (Vorjahr: 155.850.975,20 EUR) ab. Dieser Überschuss wurde unter Beachtung der satzungsmäßigen Bestimmungen wie folgt verwendet:

Zuweisung zur Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	0,00 EUR
Zuweisung zu anderen Rücklagen	30.000.000,00 EUR
Zuführung zur erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung	129.559.829,12 EUR

Daneben beliefen sich die Zuführungen zur poolrelevanten Rückstellung für Beitragsrückerstattung aus der Pflegepflichtversicherung auf 2.808 TEUR (Vorjahr: 2.117 TEUR).

Unter Berücksichtigung der Zuführungen und Entnahmen betrug die gesamte RfB 594.511 TEUR (Vorjahr: 634.155 TEUR). Die RfB-Quote, welche die erfolgsabhängige RfB zuzüglich der poolrelevanten RfB aus der Pflegepflichtversicherung an den verdienten Bruttobeiträgen misst, beträgt 72,7 % (Vorjahr: 78,6 %).

Die Überschussverwendungsquote, die sich aus dem Verhältnis der Zuführungen zur erfolgsabhängigen RfB und zur poolrelevanten RfB sowie der gemäß § 12a VAG für Beitragsentlastungsmaßnahmen im Alter gutgeschriebenen Beträge zum Rohergebnis nach Steuern ergibt, beläuft sich auf 81,6 % (Vorjahr: 84,2 %).

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen nach Schluss des Geschäftsjahres nicht vor.

Risikomanagement und Risiken der künftigen Entwicklung

Als Versicherungsunternehmen verfügt der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. aufgrund der für die Versicherungswirtschaft bestehenden gesetzlichen Vorschriften über ein wirkungsvolles Risikomanagementsystem, mit welchem die Risiken der künftigen Entwicklung frühzeitig erkannt und durch Auslösung geeigneter Steuerungsmaßnahmen beherrschbar gemacht werden. Dieses Überwachungssystem wird fortlaufend an veränderte Verhältnisse angepasst und unter Berücksichtigung der Entwicklungen in der Gesetzgebung kontinuierlich weiterentwickelt. In diesem Zusammenhang erfolgten insbesondere Anpassungen des Risikomanagementsystems an die gesetzlichen Anforderungen gemäß §§ 55c und 64a VAG und die durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Rundschreiben 3/2009 konkretisierten Mindestanforderungen an das Risikomanagement in Versicherungsunternehmen (MaRisk VA).

Der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. hat im Unternehmen Prozesse eingerichtet, mit denen die wesentlichen Risiken, denen ein Versicherungsunternehmen ausgesetzt ist, identifiziert, analysiert, bewertet, gesteuert und überwacht werden. Ziel des Risikomanagements und der Risikostrategie ist eine stets mit ausreichenden Sicherheiten versehene Kapitalausstattung des Unternehmens und ein vorsichtiger Umgang mit den aus dem eigentlichen Krankenversicherungsgeschäft herrührenden Risiken. Jedoch setzen die zunehmende Komplexität und Dynamik des Unternehmensumfeldes jedem Risikomanagement Grenzen, so dass es letzte Sicherheit nicht geben kann und wird.

Der folgende Risikobericht erfolgt auf der Basis der für das Unternehmen maßgeblichen Kalkulations- und Bilanzierungsvorschriften. Nach einer Darstellung der Aufgaben, der Organisation und der wesentlichsten Instrumente der Risikoüberwachung und Risikosteuerung werden die bedeutsamsten Risikofelder und die zugehörigen wichtigsten Steuerungsmaßnahmen erläutert. Schließlich wird die Risikolage des Landeskrankenhilfe V.V.a.G. zusammenfassend dargestellt.

1. Aufgaben, Organisation und wesentlichste Instrumente

Grundlage des Risikomanagementsystems ist die vorhandene Aufbau- und Ablauforganisation des Unternehmens. Hierauf aufbauend ist ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewesen der einzelnen Funktionsbereiche eingerichtet, welches eine effektive Steuerung des Unternehmens ermöglicht. Das Berichts- und Meldewesen obliegt den Mitarbeitern des Unternehmens. Für das Kontrollwesen und das Risikomanagement zuständig sind die Mitglieder des Vorstands, die Verantwortlichen aller Funktionsbereiche sowie die Risikomanagerin. Die aus den einzelnen Funktionsbereichen resultierenden Wahrnehmungen werden im zentralen Risikomanagement zusammengeführt und bewertet. Dabei wird ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt mit dem Ziel, wechselseitige Bezüge zwischen den aktiv- und passivseitigen Risiken sowie den strategischen und operationalen Risiken zu analysieren und zu steuern. Werden dabei unerwünschte oder ungünstige Entwicklungen erkennbar, werden – soweit erforderlich – Steuerungsmaßnahmen zur Bewältigung der jeweiligen Risiken ausgelöst. Zur Vorbereitung risikobezogener Entscheidungen und Maßnahmen sowie zur Gewährleistung der Erfüllung von Anforderungen an die Risikoberichterstattung diente im Berichtsjahr die Risikokonferenz, die unter der Leitung der Risikomanagerin monatlich und darüber hinaus bei besonderem Bedarf zusammentrat. Die Teilnehmer der Risikokonferenz stellen auf diese Weise bisher die Risikokommunikation zwischen dem Gesamtvorstand, der Risikomanagerin und den Funktionsbereichen her.

Mit Einführung von Solvency II ab 01.01.2016 sind die normativ vorgeschriebenen Schlüsselfunktionen, nämlich die Compliance-Funktion, die unabhängige Risikocontrolling-Funktion, die interne Revision und die versicherungsmathematische Funktion, auch formell eingerichtet worden. Für die unabhängige Risikocontrolling-Funktion wurde eine organisatorische Einheit, das FLAOR-Center (FLAOR: **F**orward **L**ooking **A**nalysis of **O**wn **R**isks) gebildet, der am Anfang die Mitglieder des Vorstandes und die verantwortlichen unternehmensinternen Inhaber der normativen Schlüsselfunktionen angehören. Das FLAOR-Center übernimmt die unternehmenseigene vorausschauende Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung. Insofern ist die bisherige Funktion der Risikokonferenz in das FLAOR-Center integriert worden.

Dem Vorstand obliegt die unternehmensweite, ressortübergreifende Planung, Steuerung und Kontrolle aller Risikofelder. Er ist einzuschalten bei Maßnahmen, welche das Risikokapital erheblich verändern können, bei ressortübergreifenden geschäftlichen Maßnahmen sowie bei den strategischen und operationalen Risiken, die sich auf die Reputation des Unternehmens negativ auswirken können. Die Verantwortlichen der einzelnen Funktionsbereiche identifizieren, analysieren, steuern und überwachen fortlaufend die Risiken in ihrem jeweiligen Bereich. Sie werden dabei von der Risikomanagerin unterstützt. Die Grundlage für den Umgang mit ihren Risiken bilden Vorgaben und Entscheidungen des Vorstands und der Risikomanagerin, die sich aus der jeweiligen Risikostrategie des Unternehmens ergeben.

2. Bedeutsamste Risikofelder und wichtigste Steuerungsmaßnahmen

Veränderungen sozialpolitischer und rechtlicher Rahmenbedingungen

Veränderungen sozialpolitischer und rechtlicher Rahmenbedingungen sind das wohl bedeutsamste Risikofeld der privaten Krankenversicherer in der Bundesrepublik Deutschland. Zwar hat das bestehende duale System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung derzeit weiterhin stabile Bedingungen, doch der Kostendruck aufgrund des demografischen Wandels und höherer Qualitätsanforderungen im Gesundheitswesen nimmt zu. So konnten nicht alle gesetzlichen Krankenkassen ihre Beiträge auf dem bis Dezember 2015 geltenden Einheitsbeitragssatz von 15,5 Prozent halten und mussten ihre Beitragssätze zum Jahreswechsel anheben. Auch die Geldpolitik der Europäischen Notenbank (EZB) wirkt sich aus: Der Gesundheitsfonds, der die Beiträge für die Krankenkassen sammelt und an sie verteilt, musste in 2015 erstmals Strafzinsen an seine kontoführenden Banken zahlen. Die derzeitige Politik der EZB trifft somit nicht nur die kapitalgedeckte Vorsorge.

In der Pflegepflichtversicherung wurden mit der ersten Stufe der Pflegereform die meisten Leistungen zum Jahreswechsel 2015 deutlich angehoben. Mit dem Zweiten Pflegestärkungsgesetz soll zum 1. Januar 2017 eine neue Begutachtung der Pflegebedürftigkeit erfolgen, indem die bisherigen drei Pflegestufen durch fünf sogenannte Pflegegrade ersetzt werden. Vor allem Menschen mit geistigen und seelischen Krankheiten wie Demenz werden dadurch voraussichtlich deutlich mehr Pflegeleistungen als bisher erhalten.

Durch das Inkrafttreten von Solvency II, dem derzeit wichtigsten Projekt im Bereich der Versicherungsaufsicht in der Europäischen Union, steht die Aufsicht über Erst- und Rückversicherer vor tief greifenden Veränderungen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 sind die Neuerungen auch in deutsches Recht, insbesondere im Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG), umgesetzt worden. Daneben wird das neue VAG durch unmittelbar geltende EU-Rechtsverordnungen und diverse Verlautbarungen der Aufsichtsbehörden ergänzt. Die LKH legt die neuen prinzipienbasierten Anforderungen dem Grundsatz der Proportionalität folgend aus und wendet sie dementsprechend an. Jedoch zeigt die praktische Umsetzung in der Branche, dass noch zahlreiche Unsicherheiten bestehen.

Den hier dargestellten Risiken begegnet das Unternehmen durch aktive Mitarbeit in Verbänden und Gremien, durch Teilnahme an der politischen Diskussion, durch rechtzeitige Umsetzung und frühzeitige Folgenabschätzung von geplanten Änderungen. Zusätzlich erfolgt in den entsprechenden Fachbereichen, insbesondere für rechtliche, aktuarielle und bilanzielle Fragen, eine konsequente und fortlaufende Überwachung sowie Prüfung hinsichtlich der Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens. Den quantitativen Anforderungen durch Solvency II wird durch eine solide Finanzausstattung Rechnung getragen.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnischen Risiken resultieren hauptsächlich aus der medizinisch-technischen Entwicklung, die einerseits zu einer Verlängerung der Lebenserwartung der Versicherten und andererseits sowohl zur Verbesserung bestehender als auch zur Entwicklung neuer, teilweise kostenaufwendiger Behandlungsmethoden führt. Das kann einen mit dem Lebensalter stärker ansteigenden Bedarf an Versicherungsleistungen sowie eine längere Versicherungsdauer für die Versicherten zur Folge haben. Im Gesundheitswesen ergeben sich Risiken aus der Veränderung der für die private Krankenversicherung maßgeblichen Rahmenbedingungen, wie beispielsweise die bereits erwähnte Grundsatzentscheidung zur Abschaffung der geschlechtsbezogenen Differenzierung bei der Berechnung von Versicherungsleistungen und Prämien. Hierbei können Verschiebungen in der Bestandszusammensetzung nach Geschlechtern das versicherungstechnische Risiko verändern. Hinzu kommen eventuelle Veränderungen der Verhaltensweisen der Versicherten und der Leistungserbringer.

Aus den genannten Bereichen ergibt sich das Risiko zukünftig ansteigender Versicherungsleistungen.

Dem wird seitens des Unternehmens durch eine eingehende Prüfung und vorsichtige Zeichnungspolitik der Versicherungsanträge, durch Bildung ausreichender versicherungstechnischer Rückstellungen sowie durch eine laufende Überwachung der Ausgaben für Erstattungsleistungen und durch eine regelmäßige Gegenüberstellung von tatsächlich erbrachten und kalkulatorisch berücksichtigten Erstattungsleistungen Rechnung getragen. Ebenso werden die verwendeten Sterbewahrscheinlichkeiten regelmäßig auf ihre Angemessenheit überprüft. An diese Überprüfung der verwendeten Rechnungsgrundlagen schließt sich erforderlichenfalls das gesetzlich festgelegte Verfahren zur Anpassung von Beiträgen an.

Eine solide und gemäß den gesetzlichen Vorschriften unter Verwendung ausreichender Sicherheiten vorgenommene Kalkulation der Tarife, eine nachhaltige Überschussverwendungspolitik sowie eine kostensparende Betriebsführung stellen sicher, dass zufallsbedingt höheren Leistungsaufwendungen begegnet werden kann und die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens langfristig gewährleistet bleibt.

In der privaten Krankenversicherung wird die Deckungsrückstellung nach einzelvertraglichen Daten für das Kollektiv berechnet. Nach den Bestimmungen der Kalkulationsverordnung (KalV) sind die verwendeten Rechnungsgrundlagen regelmäßig auf ihre Angemessenheit zu überprüfen und mit ausreichenden Sicherheiten zu versehen. Die hierfür verwendeten Prüfverfahren sind in der Kalkulationsverordnung selbst sowie in Hinweisen und Richtlinien der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. niedergelegt. Sie gewährleisten, dass die dauerhafte Erfüllbarkeit der in den Versicherungsverträgen zugesagten Leistungen fortlaufend überwacht und sichergestellt wird. Auf diese Weise werden die künftigen Zahlungsströme aus Prämien, Kapitalerträgen und Leistungsverpflichtungen sorgfältig aufeinander abgestimmt.

Die Risiken des Ausfalls von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft bestehen darin, dass Rückversicherer, Versicherungsnehmer oder Versicherungsvermittler ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Unternehmen nicht erfüllen. Zur Steuerung der Liquiditäts- und Ausfallrisiken werden sämtliche Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung analysiert und laufend überwacht. Zur Risikovorsorge sind angemessene Wertberichtigungen auf den Forderungsbestand gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern vorgenommen worden.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die sorgfältige Auswahl der einzelnen Kapitalanlagen erfolgt im Rahmen der bestehenden Anlagevorschriften. Für sie sind die Risiken aus der Zins- und Kursentwicklung an den Finanzmärkten von besonderer Bedeutung. Diese werden durch eine breite Mischung nach Anlagearten und eine ausgewogene Streuung nach Schuldnern mit hoher Bonität vermindert. Bei den vom Unternehmen aufgelegten Spezialfonds handelt es sich um Aktien- und Rentenfonds. Für jeden Spezialfonds besteht ein Anlageausschuss, der die Anlagerichtlinien für das jeweilige Fondsmanagement formuliert und deren Einhaltung fortlaufend überwacht. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente ist den Fondsmanagements nur in streng begrenztem Umfang zur Absicherung konkreter Geschäfte gestattet.

Die Entwicklung an den Finanzmärkten und die Auswirkungen auf die Wertentwicklung der Vermögensanlagen werden laufend unter dem Gesichtspunkt der Risikotragfähigkeit des Unternehmens überprüft. Unverändert belasten die Folgen niedriger Zinsen die Geschäftsentwicklung. Kapitalanlagen mit höchster Bonität und auskömmlicher Rendite stehen kaum mehr zur Verfügung. Hauptgrund hierfür ist die aktuelle Politik der Europäischen Zentralbank (EZB): Unter anderem senkte sie den Leitzins auf schließlich 0,0 % und senkte den Negativzins auf Einlagen bei der EZB auf -0,4 %. Am Jahresende standen die Renditen für Anleihen mit zehn Jahren Restlaufzeit bei 0,6 % im Vergleich zu 0,5 % am Jahresende 2014, wobei die Renditen in den ersten Monaten des Jahres 2016 wieder deutlich zurückgingen. Bei den Aktienindizes wuchsen der Preisindex Euro Stoxx 50 um etwa 4 % und der Performance-Index DAX um rund 10 %. Dies hat bei den Spezialfonds zu Zuschreibungen geführt.

Im Rahmen des Risikomanagements wird in regelmäßigen Abständen die Entwicklung der Bonität der Schuldner überwacht. Insgesamt bestehen die Buchwerte der zinsabhängigen Kapitalanlagen zu mehr als 99 % aus einlagengesicherten Titeln, aus öffentlichen Anleihen oder aus Titeln, die ein Investment-Grade-Rating von BBB oder besser besitzen.

Bei den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht jährlich angeforderten Stresstests werden die Mindestanforderungen deutlich übertroffen. Aufgrund des Geschäftsmodells und einer sorgfältigen Liquiditätsplanung unterliegt der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. keinem Liquiditätsrisiko. Insgesamt ergibt sich eine Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 2,2 %.

Operationale Risiken

Operationale Risiken treten im Zusammenhang mit den betrieblichen Abläufen auf. Von Bedeutung sind vor allem technische, rechtliche und personenbezogene Risiken, die sich aus der Anwendung gesetzlicher Bestimmungen, der Rechtsprechung und Verwaltungsanordnungen ergeben. Sie werden fortlaufend überwacht und im Hinblick auf eventuelle bilanzielle Konsequenzen überprüft. Zur Risikobegrenzung im Bereich der Informationstechnologie werden fortlaufend Maßnahmen entwickelt und ergriffen, mit denen eine größtmögliche Verfügbarkeit der eingesetzten Hard- und Software-systeme sowie Sicherheit und Schutz der Daten erreicht werden kann. Rechtliche Risiken, die mit dem Ausgang von Prozessen zusammenhängen und wesentlichen Einfluss auf die Finanz- und Ertragslage des Unternehmens haben könnten, bestehen derzeit nicht.

Sonstige Risiken

Die Ausstattung mit Eigenmitteln entspricht den aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Solvabilitätsspanne ist zu mehr als 500 % mit Eigenmitteln bedeckt. Ab dem 01.01.2016 wird die Solvency II Kapitalisierung für regulatorische Zwecke verwendet. Die auf die verdienten Bruttobeiträge bezogene Eigenkapitalquote beläuft sich auf 45,9 %.

3. Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Im Ergebnis sind aus Sicht des Unternehmens gegenwärtig keine konkreten Entwicklungen zu erkennen, die den Fortbestand des Landeskrankenhilfe V.V.a.G. sowie die dauernde Erfüllung der Versicherungsverträge ernsthaft gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens nachhaltig beeinträchtigen könnten. Die Risikosituation wird als kontrolliert und vom Unternehmen tragbar angesehen.

Allgemeine Angaben

Es besteht ein Überschaden-Ausgleichsvertrag.

Mitgliedschaften

Der Verein ist Mitglied des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., Berlin, des Verbandes der privaten Krankenversicherung e.V., Köln, des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen in Deutschland e.V., München, der Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit e.V., Hannover, des Berufsbildungswerks der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., München, der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V., Köln und des Verbandes des Niedersächsischen Landvolkes e.V.

Zusammenarbeit

Die enge Zusammenarbeit mit dem Landeslebenshilfe V.V.a.G. hat im Berichtsjahr weiterhin bestanden. Wechselseitig erbrachte Leistungen wurden gemäß dem Abkommen vom 9. März 1977 abgerechnet.

Chancen der künftigen Entwicklung und Ausblick

Die private Krankheitskostenvollversicherung ist aufgrund ihrer Beitragskalkulation nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren in der Lage, im Bereich des Gesundheitswesens die Risiken der demografischen Entwicklung zu verringern und damit weitaus besser zu steuern, als dies die gesetzliche Krankenversicherung mit ihrem Umlageverfahren ermöglichen kann. Das zentrale Problem besteht darin, dass durch die Verlängerung der Lebenserwartung der Bevölkerung, durch die Veränderung der Altersstruktur der Versichertengemeinschaften und durch die erfreulicherweise weiterhin zu erwartenden medizinischen Innovationen gleich drei Einflussfaktoren gegeben sind, die auch für die Zukunft weiter ansteigende Gesamtaufwendungen für die Gesundheitsversorgung in Deutschland erwarten lassen. In der gesetzlichen Krankenversicherung ist daher auch künftig mit weiter steigenden Beiträgen oder weiteren Leistungskürzungen – erfahrungsgemäß mit einer Kombination aus beiden Maßnahmen – zu rechnen.

Zum 01.01.2015 ist das Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FQWG) in Kraft getreten. Seitdem gelten neben dem allgemeinen Beitragssatz auch individuelle Zusatzbeiträge, die von der Kasse direkt erhoben werden. Bei den meisten Kassen hat sich der Zusatzbeitrag bei 1,1 % eingependelt, in der Spitze liegt er bei 1,5 %. Mit ihm stieg auch der Höchstbeitrag auf ein neues Rekordniveau: Freiwillig Versicherte zahlen heute bis zu 775 EUR monatlich für ihre Kranken- und Pflegeversicherung auf GKV-Niveau. Im Vergleich zur GKV können PKV-Versicherte ihr Preis-Leistungs-Verhältnis frei bestimmen. Für den genannten Vergleichsbeitrag von 775 EUR gibt es einen PKV-Schutz inkl. Pflegepflichtversicherung erster Klasse mit Leistungen, die in der gesetzlichen Kranken- und Pflegepflichtversicherung nicht vorgesehen sind.

In der Krankenvollversicherung bietet das Unternehmen die Tarife A/S/Z an, mit denen Arbeitnehmer, Selbstständige, Ärzte oder Beamte Leistungen für eine überdurchschnittliche ambulante, zahnärztliche oder stationäre Gesundheitsversorgung erhalten. Die Bausteintarife bieten die Möglichkeit, den Versicherungsschutz bedarfsgerecht und individuell zusammenzustellen. Mit den „Besonderen Bedingungen für Schüler und Studierende“ haben junge Erwachsene die Möglichkeit, ihren privaten Versicherungsschutz günstig zu gestalten.

In der Krankenzusatzversicherung bietet das Unternehmen außerdem Tarife an, die sinnvolle und vernünftige Ergänzungen für gesetzlich versicherte Personen sind, die ihre Gesundheitsversorgung für einzelne Leistungen aufstocken möchten. Insgesamt bieten die Tarife der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. einen privaten Versicherungsschutz auf höchstem Niveau und suchen am Markt ihresgleichen. Den Chancen, die sich daraus ergeben, steht jedoch eine allgemeine Skepsis der Verbraucher im Hinblick auf die politischen Rahmenbedingungen für die private Krankenversicherung gegenüber.

2016 dürfte mit weiterhin niedrigen Zinsen, volatilen Finanzmärkten und neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen für die Versicherungsbranche ein weiteres herausforderndes Jahr werden. Insbesondere die Einführung von Solvency II in Europa stellt eine wichtige Änderung dar. Die damit steigende Transparenz hinsichtlich der Kapitalausstattung könnte zum Katalysator für eine weitere Konsolidierung in der Branche werden. Dank der soliden Finanzausstattung, insbesondere des Eigenkapitals und der freien Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung sowie der Risikohaltung zeigt sich auch unter den gegenwärtigen Bedingungen und aktuellen Entwicklungen, dass der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet ist.

Dank

Der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. dankt den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen sowie der Mitgliedervertretung und dem Aufsichtsrat für die konstruktive Zusammenarbeit. Der Dank des Unternehmens gilt ferner den Vertriebspartnern sowie allen Mitarbeitern, die durch ihren vorbildlichen Arbeitseinsatz dazu beigetragen haben, die Vielzahl der Aufgaben zu erfüllen.

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2015

Aktiva

	2015		2014
	EUR	EUR	EUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-	-,-
II. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		701.714,00	1.348.714,00
III. Geschäfts- oder Firmenwert		-,-	-,-
IV. geleistete Anzahlungen		-,-	-,-
		<u>701.714,00</u>	
C. Kapitalanlagen			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken			9.992.560,82
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		-,-	-,-
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		-,-	-,-
3. Beteiligungen		54.998.332,99	54.461.801,35
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		<u>8.000.000,00</u>	62.998.332,99
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		2.704.935.397,63	1.967.440.064,62
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		584.619.400,17	730.616.725,40
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		375.524,96	599.045,68
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	1.114.000.000,00		935.000.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.040.996.450,73		942.996.450,73
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	-,-		-,-
d) übrige Ausleihungen	-,-	2.154.996.450,73	-,-
5. Einlagen bei Kreditinstituten		969.000.742,77	1.496.858.397,95
6. Andere Kapitalanlagen		-,-	-,-
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			-,-
		<u>6.486.918.410,07</u>	

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2015

Aktiva	2015		2014
	EUR	EUR	EUR
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			
			-,- -
E. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1. Versicherungsnehmer	1.953.772,29		1.907.902,17
2. Versicherungsvermittler	233.706,96		272.469,04
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	-,- -	2.187.479,25	-,- -
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		-,- -	-,- -
III. Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks		-,- -	-,- -
IV. Sonstige Forderungen		<u>1.793.633,41</u>	<u>3.981.112,66</u>
			2.103.637,62
F. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte		1.779.088,00	2.364.905,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		32.205.288,03	35.715.619,15
III. Andere Vermögensgegenstände		-,- -	-,- -
		<u>33.984.376,03</u>	
G. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		93.668.478,44	100.826.861,46
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>488.857,92</u>	<u>380.501,48</u>
			2.810.160,00
H. Aktive latente Steuern			2.434.390,00
I. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensberechnung			-,- -
K. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			-,- -
Summe der Aktiva		<u><u>6.622.553.109,12</u></u>	<u><u>6.293.871.636,47</u></u>

Gemäß § 73 VAG bestätige ich, dass das in der Bilanz zum 31.12.2015 eingestellte Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Lüneburg, den 14. April 2016

Der Treuhänder

Wenk

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2015

Passiva	2015			2014
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Gründungsstock		-,- -		-,- -
II. Kapitalrücklage		-,- -		-,- -
III. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	81.573.000,00			81.573.000,00
2. Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-,- -			-,- -
3. satzungsmäßige Rücklagen	-,- -			-,- -
4. andere Gewinnrücklagen	293.927.000,00	375.500.000,00		263.927.000,00
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		-,- -	375.500.000,00	-,- -
B. Genussrechtskapital			-,- -	-,- -
C. Nachrangige Verbindlichkeiten			-,- -	-,- -
E. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	6.243,24			5.996,94
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	6.243,24		-,- -
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	5.452.526.804,31			5.124.771.531,57
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	5.452.526.804,31		-,- -
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	174.056.647,72			169.515.425,64
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	174.056.647,72		-,- -
IV. Rückstellung für Beitragsrückerstattung				
1. erfolgsabhängige				
a) Bruttobetrag	594.453.611,98			619.072.214,31
b) davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	594.453.611,98		-,- -
2. erfolgsunabhängige				
a) Bruttobetrag	57.446,02			15.083.042,98
b) davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	57.446,02		-,- -
		594.511.058,00		
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		-,- -		-,- -
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	32.358,06			37.178,99
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	32.358,06	6.221.133.111,33	-,- -

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2015

Passiva	2015		2014
	EUR	EUR	EUR
F. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird			-,- -
G. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		13.044.831,99	12.001.929,62
II. Steuerrückstellungen		5.349.601,94	-,- -
III. Sonstige Rückstellungen		<u>520.000,00</u>	599.850,00
H. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			-,- -
I. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern	5.512.731,21		5.481.844,96
2. Versicherungsvermittlern	472.203,60		532.527,97
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	<u>-,- -</u>	5.984.934,81	-,- -
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			-,- -
III. Anleihen			
davon konvertibel : -,- EUR			-,- -
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			-,- -
V. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>1.015.528,79</u>	1.264.669,96
davon:			
aus Steuern: 435.692,00 EUR			
(Vorjahr: 431.293,35 EUR)			
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 1.331,26 EUR			
(Vorjahr: -,- EUR)			
K. Rechnungsabgrenzungsposten			5.100,26
L. Passive latente Steuern			<u>-,- -</u>
Summe der Passiva			<u>6.293.871.636,47</u>
		<u>6.622.553.109,12</u>	

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter der Position E. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung (Alterungsrückstellung) nach § 341f HGB sowie unter Beachtung der versicherungsmathematischen Methoden nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 VAG berechnet worden ist.

Lüneburg, den 14. April 2016

Verantwortlicher Aktuar

Hohl

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	2015			2014
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	818.170.866,54			807.198.173,87
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-,-	818.170.866,54		-,-
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-246,30			-195,98
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	-,-	-246,30	818.170.620,24	-,-
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			110.137.162,78	31.143.765,65
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		2.667.157,12		1.745.157,12
davon:				
aus verbundenen Unternehmen -,- EUR				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon:				
aus verbundenen Unternehmen -,- EUR				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.224.482,73			1.216.804,10
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	139.309.064,84	140.533.547,57		149.957.307,88
c) Erträge aus Zuschreibungen		1.102.645,99		710.005,88
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		325.913,04		5.908.044,45
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		-,-	144.629.263,72	-,-
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			-,-	-,-
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			1.161.076,11	1.073.464,40
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	531.098.365,09			527.225.637,58
bb) Anteil der Rückversicherer	-,-	531.098.365,09		-,-
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	4.541.222,08			-4.658.132,79
bb) Anteil der Rückversicherer	-,-	4.541.222,08	535.639.587,17	-,-
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	327.755.272,74			273.427.814,46
bb) Anteil der Rückversicherer	-,-	327.755.272,74		-,-
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		-4.820,93	327.750.451,81	-1.556,08
8. Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung				
a) erfolgsabhängige		132.367.867,22		132.967.517,70
b) erfolgsunabhängige		56.194,86	132.424.062,08	20.072,22

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	2015		2014
	EUR	EUR	EUR
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Abschlussaufwendungen	11.440.522,29		11.590.378,32
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>12.274.171,05</u>	23.714.693,34	<u>12.582.978,06</u>
c) davon ab:			
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>-,-</u>	<u>23.714.693,34</u>
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.280.724,07	1.215.708,56
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		6.709.879,70	5.332.140,07
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-,-	-,-
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		<u>-,-</u>	<u>-,-</u>
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			-,-
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			<u>244.273,60</u>
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			<u>46.334.451,08</u>
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge		91.691,94	102.393,28
2. Sonstige Aufwendungen		<u>2.441.112,77</u>	<u>-2.349.420,83</u>
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>43.985.030,25</u>
4. Außerordentliche Erträge		-,-	-,-
5. Außerordentliche Aufwendungen		<u>-,-</u>	<u>-,-</u>
6. Außerordentliches Ergebnis			-,-
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		13.916.343,58	11.433.767,92
davon latente Steuern: -375.770,00 EUR (Vorjahr: 3.738.060,00 EUR)			
8. Sonstige Steuern		<u>68.686,67</u>	<u>13.985.030,25</u>
9. Erträge aus Verlustübernahme		-,-	-,-
10. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		<u>-,-</u>	<u>-,-</u>
11. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			<u>30.000.000,00</u>
12. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			-,-
13. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			-,-
14. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			-,-
15. Entnahmen aus Genussrechtskapital			-,-
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		-,-	-,-
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		-,-	-,-
c) in satzungsmäßige Rücklagen		-,-	-,-
d) in andere Gewinnrücklagen		<u>30.000.000,00</u>	<u>25.000.000,00</u>
17. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals			-,-
18. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			<u>-,-</u>

Der Jahresabschluss 2015 wurde nach den Vorschriften des VAG in der bis zum 31.12.2015 gültigen Fassung, des HGB/AktG sowie der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) erstellt.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

AKTIVA

Zu B. Immaterielle Vermögensgegenstände

Der Posten enthält ausschließlich gegen Entgelt erworbene Individual- und Standardsoftware. Die immateriellen Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungskosten nach Abzug der linearen Abschreibungen bewertet.

Zu C. Kapitalanlagen

Der Grundbesitz steht mit den um die steuerlich zulässigen Abschreibungen verminderten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zu Buch. Der Bilanzwert der vom Unternehmen im Rahmen seiner eigenen Geschäftstätigkeit genutzten Grundstücke und Bauten beträgt 4.349.522,13 EUR. Eine Beteiligung, die gemäß Gesellschaftervereinbarung in Folgejahren im Rahmen zukünftiger Kapitalanlageinvestitionen eine Kapitalanlageverpflichtung in Höhe von 0,5 Mio. EUR vorsieht, ist mit den Anschaffungskosten bewertet.

Es besteht eine Beteiligung an der M.M.Warburg & CO Hypothekenbank AG, Hamburg in Höhe von 40,0 %. Das Jahresergebnis des Unternehmens für das Geschäftsjahr 2014 betrug 4,9 Mio. EUR, die Höhe des Eigenkapitals betrug 85,9 Mio. EUR.

Die in den Bilanzpositionen C. III. 1. und 2. enthaltenen Kapitalanlagen wurden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet, sofern sie nicht entsprechend vorliegender Beschlüsse dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen sollen und deshalb gemäß § 341b HGB dem Anlagevermögen zugeordnet wurden. Im letzteren Fall wurden sie nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB bzw. erhöht um Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 HGB, bewertet. Wurden bei den betreffenden Vermögensgegenständen in den Vorjahren Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 HGB vorgenommen und stellte sich heraus, dass die Gründe dafür nicht mehr bestehen, so wurde der Betrag dieser Abschreibung im Umfang der Werterhöhung zugeschrieben.

Angaben zum Investmentvermögen:

Anlageschwerpunkt	Marktwert	Differenz zum Buchwert	Ausschüttung für Geschäftsjahr
Renten – Europa	2.630,7 Mio. EUR	57,8 Mio. EUR	35,4 Mio. EUR
Aktien – Europa	91,7 Mio. EUR	0,0 Mio. EUR	2,5 Mio. EUR

Zur Feststellung, ob für Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere eine voraussichtlich dauernde Wertminderung der betreffenden Vermögensgegenstände vorliegt, wurden die Wertentwicklung im Wertaufhellungszeitraum herangezogen. Zeigte die Wertentwicklung im Wertaufhellungszeitraum, dass eine voraussichtlich dauernde Wertminderung nicht vorliegt, wurde eine Abschreibung unterlassen. Bei den Investmentanteilen beträgt der gemäß § 285 Nr. 18 HGB anzugebende Buchwert 540,0 Mio. EUR, der entsprechende Zeitwert beträgt 539,0 Mio. EUR.

Wenn bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren im Folgejahr die planmäßige Tilgung erfolgt und die fortgeführten Anschaffungskosten zum Bilanzstichtag größer als der Nennwert der betroffenen Wertpapiere sind, wird eine dauerhafte Wertminderung grundsätzlich angenommen. Zinsinduzierte Abschreibungen wurden nicht vorgenommen, da die betroffenen Wertpapiere grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Bonitätsbedingte Abschreibungen waren nicht notwendig. Bei den Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren beträgt der gemäß § 285 Nr. 18 HGB anzugebende Buchwert 140,4 Mio. EUR. Der entsprechende Zeitwert beläuft sich auf 136,6 Mio. EUR.

Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 HGB wurden in Höhe von 6,1 Mio. EUR, Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB in Höhe von 1,1 Mio. EUR vorgenommen.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

AKTIVA

Die Bewertung der Bilanzposition C. III. 3. erfolgt in Höhe der Anschaffungskosten abzüglich zwischenzeitlich erfolgter Tilgungen. Ein Disagio wird bei Fälligkeit vereinnahmt.

Namenschuldverschreibungen werden gemäß § 341c HGB mit dem Nennbetrag bewertet.

Schuldscheinforderungen und Darlehen werden mit den Anschaffungskosten abzüglich zwischenzeitlich erfolgter Tilgungen bewertet. Ein Disagio wird bei Fälligkeit vereinnahmt.

Für Grundstücke und Bauten erfolgte die Ermittlung der Zeitwerte nach dem Ertragswertverfahren auf der Basis der Verhältnisse für 2015. Die Zeitwerte der Beteiligungen sowie der Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen wurden wegen untergeordneter Bedeutung und geringer Einflussnahme mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Ermittlung der Zeitwerte der übrigen zum Anschaffungswert ausgewiesenen Kapitalanlagen erfolgte gemäß § 56 Abs. 1 RechVersV mit den letzten zum Stichtag verfügbaren Börsenkursen. Der Zeitwert nicht börsennotierter Zinsanlagen wurde anhand der zum Stichtag letzten verfügbaren Euro-Zinskurve unter Berücksichtigung von laufzeit- und risikoadäquaten credit spreads ermittelt.

Die Angabe der Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV erfolgt in der nachfolgenden Darstellung „Entwicklung der Aktivposten B., C. I. bis III. im Geschäftsjahr 2015“.

Die Gesamtsumme der fortgeführten Anschaffungskosten der Kapitalanlagen beträgt 6.486.969.341,39 EUR, die Summe der Zeitwerte 6.936.652.472,08 EUR. Hieraus ergeben sich stille Reserven in Höhe von 449.683.130,69 EUR.

Zu E. I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind mit dem Nennwert ausgewiesen. Die Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern wurden für zu erwartende Ausfälle aufgrund von Erfahrungswerten um eine angemessene Wertberichtigung gekürzt.

Zu G. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

EUR

a) Agio Namensschuldverschreibungen	50.931,32
b) Übrige	437.926,60
	<u>488.857,92</u>

Zu H. Aktive latente Steuern

Die Steuerabgrenzung beruht im Wesentlichen auf steuerlich abweichenden Wertfeststellungen bei Kapitalanlagen, Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für Regulierungskosten. Es wurde ein Steuersatz von 30,93 % zugrunde gelegt.

Entwicklung der Aktivposten B., C. I. bis III. im Geschäftsjahr 2015

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	Zuschrei- bungen EUR	Abschrei- bungen EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr EUR	Zeitwerte Geschäftsjahr EUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände								
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
2. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.348.714,00	3.508,06	-,-	-,-	-,-	650.508,06	701.714,00	
3. Geschäfts- oder Firmenwert	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
4. geleistete Anzahlungen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
5. Summe B.	1.348.714,00	3.508,06	-,-	-,-	-,-	650.508,06	701.714,00	
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken								
	10.544.150,82	6.506,00	-,-	-,-	-,-	558.096,00	9.992.560,82	18.440.489,75
C II. Kapitalanlagen in verb. Unternehmen und Beteiligungen								
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
3. Beteiligungen	54.461.801,35	536.531,64	-,-	-,-	-,-	-,-	54.998.332,99	54.998.332,99
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.000.000,00	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	8.000.000,00	8.567.241,92
5. Summe C II.	62.461.801,35	536.531,64	-,-	-,-	-,-	-,-	62.998.332,99	63.565.574,91
C III. Sonstige Kapitalanlagen								
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.967.440.064,62	738.481.357,99	-,-	1.625.025,00	647.424,04	8.424,02	2.704.935.397,63	2.810.069.400,41
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	730.616.725,40	-,-	-,-	140.309.187,50	455.221,95	6.143.359,68	584.619.400,17	606.604.490,31
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	599.045,68	-,-	-,-	223.520,72	-,-	-,-	375.524,96	375.524,96
4. Sonstige Ausleihungen								
a) Namensschuldverschreibungen	935.000.000,00	204.000.000,00	-,-	25.000.000,00	-,-	-,-	1.114.000.000,00	1.302.996.510,31
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	942.996.450,73	148.000.000,00	-,-	50.000.000,00	-,-	-,-	1.040.996.450,73	1.165.599.738,66
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
d) übrige Ausleihungen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
5. Einlagen bei Kreditinstituten	1.496.858.397,95	-,-	-,-	527.857.655,18	-,-	-,-	969.000.742,77	969.000.742,77
6. Andere Kapitalanlagen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
7. Summe C III.	6.073.510.684,38	1.090.481.357,99	-,-	745.015.388,40	1.102.645,99	6.151.783,70	6.413.927.516,26	6.854.646.407,42
Insgesamt	6.147.865.350,55	1.091.027.903,69	-,-	745.015.388,40	1.102.645,99	7.360.387,76	6.487.620.124,07	

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu A. III. Gewinnrücklagen	2015	2014
Eigenkapitalquote	45,90 %	42,80 %
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	EUR	EUR
Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	81.573.000,00	81.573.000,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	-, --	-, --
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	<u>81.573.000,00</u>	<u>81.573.000,00</u>
4. Andere Gewinnrücklagen		
Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	263.927.000,00	238.927.000,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	30.000.000,00	25.000.000,00
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	<u>293.927.000,00</u>	<u>263.927.000,00</u>
Gesamt	<u>375.500.000,00</u>	<u>345.500.000,00</u>

Zu E. I. Beitragsüberträge

Die Beitragsüberträge betreffen ausschließlich die Auslandsreise-Krankenversicherung.

Die übertragungsfähigen Beiträge bzw. Beitragsentgelte der im Geschäftsjahr fällig gewordenen Beiträge wurden für jeden Vertrag einzeln, zeitanteilig für den über den Bilanzstichtag hinausgehenden Versicherungszeitraum, ermittelt. Die sich daraus ergebende Summe wurde um die nicht übertragungsfähigen Teile der Provisionen und sonstigen Bezüge der Vertreter gekürzt.

Zu E. II. Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung ist die Summe der grundsätzlich einzelvertraglich nach der prospektiven Methode berechneten Alterungsrückstellungen, wie in den technischen Berechnungsgrundlagen des Versicherers festgelegt. Dabei wurden die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen sowie die versicherungsmathematischen Methoden nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 VAG beachtet. Die Deckungsrückstellung enthält die der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommenen Einmalbeiträge sowie Zuschreibungen und Mittel aus dem gesetzlichen Zuschlag, die dem Aufbau einer Anwartschaft auf Beitragsermäßigung im Alter dienen, ferner den Anteil an der Deckungsrückstellung in der Pflegepflichtversicherung für die Versicherten der Postbeamtenkrankenkasse und für die Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (GPV).

Zu E. III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle umfasst die noch nicht gezahlten Aufwendungen für die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen Versicherungsfälle insoweit, als die Inanspruchnahme des Arztes, Krankenhauses o. ä. vor dem Bilanzstichtag liegt oder Tagegeld für Tage vor dem Bilanzstichtag gewährt wird. Diese Rückstellung wurde bezüglich der Krankenversicherung anhand eines statistischen Näherungsverfahrens ermittelt, bei dem von den Zahlungen für Versicherungsfälle des Berichtsjahres ausgegangen wurde, die im ersten Monat des nach dem Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahres erfolgten. Dieser Ausgangsbetrag wurde um einen Betrag erhöht, der sich aus den Erfahrungswerten der Zahlungen der letzten drei Geschäftsjahre für Versicherungsfälle der jeweiligen Vorjahre ergibt. Auswirkungen außergewöhnlicher Umstände wurden gesondert abgeschätzt. Die Schadenrückstellung wurde um Ansprüche aus Arzneimittelrabatten gemäß Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz gemindert. Auch für die Pflegepflichtversicherung wurde die Schadenrückstellung aufgrund von Erfahrungswerten gebildet. Ebenfalls in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthalten sind Übertragungswerte, die dem Geschäftsjahr zuzuordnen sind und nach dem Bilanzstichtag ausgezahlt wurden.

Zu E. IV. Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Zerlegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB)

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
		Poolrelevante RfB aus der Pflegepflichtversicherung	Poolrelevante RfB aus der Pflegepflichtversicherung	Betrag nach § 12a Abs. 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes	Sonstiges
	EUR	EUR		EUR	EUR
1. Bilanzwerte Vorjahr	609.805.501,37	9.266.712,94	15.040.110,62	42.932,36	-,--
2. Entnahme zur Verrechnung	91.652.729,22	3.402.641,74	15.040.110,62	41.681,20	-,--
3. Entnahme zur Barausschüttung	61.931.098,59	-,--	-,--	-,--	-,--
4. Zuführung	129.559.829,12	2.808.038,10	-,--	56.194,86	-,--
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	585.781.502,68	8.672.109,30	-,--	57.446,02	-,--
6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 12a des Versicherungsaufsichtsgesetzes: 935.837,71					

Von der nicht poolrelevanten Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung entfallen auf bereits gebundene Beträge 214,8 Mio. EUR.

Für die Geschäftsjahre 2016 und 2017 wurde für die geschlechtsunabhängig kalkulierten Tarife A20 – A50, A22, A100, A101, A103, A105, A120, A121, BA50, BA50S, BA40S und BA30 sowie ab 2017 für die Tarife Z20 – Z50, Z60 – Z90 eine erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung bei Leistungsfreiheit beschlossen. Die Beitragsrückerstattung wird unter Berücksichtigung des Fälligkeitstermins der jeweiligen Beitragsrate und der Zahlungsweise durch Gutschrift auf dem Beitragskonto gewährt. Die Höhe der Beitragsrückerstattung ist abhängig von der BR-Stufe, welche die versicherte Person im zu berücksichtigen Jahr erreicht hat, des zur BR-Stufe gehörenden Prozentsatzes und der jeweiligen zu zahlenden Beitragsraten. In den Tarifen BA50, BA50S, BA40S und BA30 werden die Beitragsraten zu 70 % bei der Berechnung berücksichtigt.

BR-Stufe (max.5)	Prozentsatz der BR-Stufe	BR-Stufe Folgejahr	
		Leistungsfreiheit	Schadenfall
0	0 %	1	0
1	15 %	2	0
2	25 %	3	0
3	30 %	4	1
4	35 %	5	2
5	40 %	5	3

Beitragsrückerstattung in 2016

Bei Leistungsfreiheit und Erfüllung der Voraussetzungen für 2015:

BR-Stufe 2015 + 1

Beitragsrückerstattung in 2017

Bei Leistungsfreiheit und Erfüllung der Voraussetzungen für 2016:

BR-Stufe 2016 + 1

Für Personen, die 2016 erstmals eine Krankheitskostenvollversicherung bei der LKH abschließen, gilt BR-Stufe 2016 = 0.

Diese Mitglieder erhalten, sofern sie für 2016 keine Versicherungsleistungen beanspruchen, eine Sofort-Beitragsrückerstattung in Höhe von 10 % der berücksichtigungsfähigen Beitragsrate.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Für die Geschäftsjahre 2016 und 2017 wurde für schadenfrei gebliebene Versicherte jeweils folgende, nach der Dauer der Schadenfreiheit gestaffelte, erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung in den geschlechtsabhängig kalkulierten Tarifen für ambulante Heilbehandlung 100, 101, 102, 103, 105, 110, 120, 121, 150 - 180, 182, BA1 - BA9, PSKV, A(G), A(Z), II, III sowie in den Tarifen der Tarifgruppen T, A, P und G beschlossen. Die Beitragsrückerstattung bezieht sich jeweils auf die für das Vorjahr gezahlten Beiträge, wobei die Beiträge in den Tarifgruppen T, A, P und G und in den Ausbildungstarifen zu 70 % eingehen.

Der erreichbare Anspruch beträgt:		in 2016	
bei Schadenfreiheit für		Jahres-Rückerstattung	
2015 (auch bei unterjährigem Beginn)	2/12	der Beiträge	
2014 – 2015	2/12	der Beiträge	
2013 – 2015	2/12	der Beiträge	
2012 – 2015	3/12	der Beiträge	
2011 – 2015	4/12	der Beiträge	

Der erreichbare Anspruch beträgt:		in 2017	
bei Schadenfreiheit für		Jahres-Rückerstattung	
2016 (auch bei unterjährigem Beginn)	2/12	der Beiträge	
2015 – 2016	2/12	der Beiträge	
2014 – 2016	2/12	der Beiträge	
2013 – 2016	3/12	der Beiträge	
2012 – 2016	4/12	der Beiträge	

Für die Geschäftsjahre 2016 bis 2018 wurde eine erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung bei kostenbewusstem Verhalten in Höhe von 5 % der tariflichen Beiträge der substitutiven Krankheitskostenversicherung beschlossen.

Zu E. VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Bei dem hier ausgewiesenen Betrag handelt es sich um eine Stornorückstellung. Sie trägt dem Risiko, dass Übertragungswerte höher sind als die entsprechenden Teile der bilanzierten Deckungsrückstellung, sowie dem Risiko eines überrechnungsmäßigen Stornos von bilanzierten negativen Deckungsrückstellungen Rechnung, die durch Zillmerung entstanden sind. Sie wurde näherungsweise, im letzteren Fall ausgehend von den negativen Teilen der Alterungsrückstellung, ermittelt.

Zu G. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen wurden nach dem Teilwertverfahren in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB auf Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 3,89 % p.a. ermittelt.

Für die Pensionszusagen in Form der betrieblichen Altersversorgung wurden eine Rentendynamik in Höhe von 1,3 % p.a. berücksichtigt und als Pensionsalter die gesetzlichen Renteneintrittsalter angesetzt. Für Verpflichtungen aufgrund von Pensionszusagen infolge Gehaltsverzichts wurde das Pensionsalter 65 Jahre angesetzt.

Zu G. III. Sonstige Rückstellungen

	EUR
a) Provisionen	19.000,00
b) Jahresabschlusskosten	196.400,00
c) Berufsgenossenschaft	74.300,00
d) Urlaubsverpflichtungen	56.700,00
e) Übrige	173.600,00
	<u>520.000,00</u>

Die sonstigen nicht versicherungstechnischen Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu I. V. Sonstige Verbindlichkeiten	EUR
a) Noch abzuführende Steuern	435.692,00
b) Sozialversicherungsbeiträge	1.331,26
c) aus Lieferungen und Leistungen	462.806,57
d) Übrige	115.698,96
	<u>1.015.528,79</u>

Sämtliche Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet und weisen Restlaufzeiten von weniger als einem Jahr auf.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aufgrund der Regelungen in den §§ 124ff. VAG sind Krankenversicherer zur Mitgliedschaft an einem Sicherungsfonds verpflichtet. Dieser kann zusätzlich zur laufenden Beitragsverpflichtung Sonderbeiträge bis zur Höhe von 2 Promille der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben. Daraus könnte sich für den Landeskrankenhilfe V.V.a.G. eine eventuelle künftige Zahlungsverpflichtung von 12.442.266,22 EUR ergeben.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge	2015	2014
	EUR	EUR
aa) gebuchte Bruttobeiträge aus:		
aaa) Einzelversicherungen	817.793.556,93	806.811.829,86
bbb) Kollektivversicherungen	377.309,61	386.344,01
	<u>818.170.866,54</u>	<u>807.198.173,87</u>
bb) gebuchte Bruttobeiträge, untergliedert nach:		
aaa) laufenden Beiträgen	818.124.074,34	807.149.798,67
bbb) Einmalbeiträgen	46.792,20	48.375,20
	<u>818.170.866,54</u>	<u>807.198.173,87</u>
cc) gebuchte Bruttobeiträge aus:		
aaa) Krankheitskostenversicherungen	676.715.076,11	672.933.988,71
bbb) Krankentagegeldversicherungen	22.854.567,34	22.448.460,38
ccc) selbständigen Krankenhaustagegeldversicherungen	8.129.570,72	8.338.854,18
ddd) sonstigen selbständigen Teilversicherungen	59.588.978,33	57.393.261,25
eee) Pflegepflichtversicherungen	49.826.607,32	45.033.735,26
fff) Auslandsreisekrankenversicherungen	1.056.066,72	1.049.874,09
	<u>818.170.866,54</u>	<u>807.198.173,87</u>

Beitragszuschlag nach § 12 Abs. 4a des Versicherungsaufsichtsgesetzes: 34.244.594,47 EUR

Zu I. 2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	EUR	EUR
a) Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		
Krankheitskostenversicherungen	86.746.862,83	23.786.813,17
Krankentagegeldversicherungen	1.034.460,16	50.713,63
selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	33,54	-, -
sonstige selbständige Teilversicherungen	3.871.372,69	1.611.394,76
Pflegepflichtversicherungen (nicht poolrelevant)	3.402.641,74	4.962.830,02
	<u>95.055.370,96</u>	<u>30.411.751,58</u>
b) Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
Entnahmen aufgrund § 12 a Abs. 3 VAG	41.681,20	732.014,07
Pflegepflichtversicherungen	15.040.110,62	-, -
	<u>15.081.791,82</u>	<u>732.014,07</u>
	<u>110.137.162,78</u>	<u>31.143.765,65</u>

Zahl der versicherten natürlichen Personen	372.399	379.270
Die versicherten natürlichen Personen gliedern sich wie folgt:		
aa) Krankheitskostenversicherungen	192.823	196.147
bb) Krankentagegeldversicherungen	55.896	57.978
cc) selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	110.654	113.120
dd) sonstige selbständige Teilversicherungen	164.268	165.313
ee) Pflegepflichtversicherungen	208.187	212.276
ff) Auslandsreisekrankenversicherungen	78.005	78.079

Persönliche Aufwendungen	2015	2014
	EUR	EUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	9.063.163,59	9.353.866,42
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	288.368,37	305.686,55
3. Löhne und Gehälter	19.648.645,68	19.419.545,15
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	3.589.106,73	3.574.167,56
5. Aufwendungen für Altersversorgung	1.744.222,42	1.278.861,24
6. Aufwendungen insgesamt	34.333.506,79	33.932.126,92

Sonstige Angaben

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes betragen 973.863,00 EUR.

An frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene wurden Bezüge in Höhe von insgesamt 213.475,80 EUR gezahlt.

Für die Tätigkeiten des Aufsichtsrates wurden 186.710,92 EUR aufgewendet. Laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen bestehen für die Mitglieder des Aufsichtsrates nicht.

Es wurden für die Pensionsverpflichtungen ehemaliger Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebenen 2.023.643,00 EUR zurückgestellt.

Hinsichtlich der Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand wird auf das Ende dieses Berichtes verwiesen.

Für den Abschlussprüfer wurden im Geschäftsjahr 118.941,18 EUR und für die Steuerberatung 19.076,26 EUR aufgewendet.

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 470 Mitarbeiter beschäftigt, die ausschließlich dem Innendienst zuzurechnen sind. In der Zahl der Innendienstmitarbeiter sind 15 Auszubildende sowie 122 Teilzeitkräfte enthalten.

Lüneburg, den 14. April 2016

Landeskrankenhilfe V.V.a.G.
Der Vorstand

Prof. Dr. Zachow

Lenk

Lowey

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Landeskrankenhilfe V.V.a.G., Lüneburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 25. April 2016

Roever Broenner Susat Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Wiechmann
Wirtschaftsprüfer

Bonin
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes während des Berichtsjahres laufend überwacht. Er hat sich in fünf Sitzungen sowie durch schriftliche und mündliche Berichte des Vorstandes regelmäßig und eingehend über die Lage und Entwicklung des Unternehmens sowie über wesentliche Vorgänge unterrichtet und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Außerdem wurde über Maßnahmen Beschluss gefasst, die aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Bestimmungen dem Aufsichtsrat obliegen oder seiner Zustimmung bedürfen. Neben grundsätzlichen Fragen der Geschäftspolitik wurden die Unternehmensplanung, der Geschäftsverlauf, die Risikolage und das Risikomanagement behandelt.

Die Buchführung, der Lagebericht und der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2015 sind von der in der Sitzung des Aufsichtsrates vom 06. Mai 2015 zum Abschlussprüfer bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Roever Broenner Susat Mazars GmbH & Co. KG, Hamburg, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Alle Aufsichtsratsmitglieder haben die Berichte des Abschlussprüfers unverzüglich erhalten. Die Berichte sind in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates von den Wirtschaftsprüfern erläutert und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert worden. Dem Prüfungsergebnis hat der Aufsichtsrat nichts hinzuzufügen.

Den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015, den Jahresabschluss sowie die Überschussverwendung hat der Aufsichtsrat geprüft. Er hat keine Einwendungen erhoben und den Jahresabschluss gebilligt, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist.

Lüneburg, den 11. Mai 2016

Der Aufsichtsrat
Dr. Leupelt
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Dr. Hans-Jochen Leupelt, Wiemersdorf
Rechtsanwalt, Vorsitzender

Jörg Gerdes, Deutsch Evern
Geschäftsführer

Kurt Götzelmann, Eisingen
Betriebswirt, stellv. Vorsitzender

Olaf Schuler, Hann. Münden
Erster Pol.-Hauptkom. a.D.

Helmut Müller-Lanzl, Neuried
Apotheker, stellv. Vorsitzender

Carsten Stöben, Westensee
Geschäftsführer

Christine Ahlemann, Wuppertal
Rechtsanwältin

Dr. Wolfgang Walz, Würzburg
Unternehmensberater

Dr. Michael Beetz, Pulheim-Brauweiler
Senior Investment Manager

Vorstand

Prof. Dr. Ernst-Wilhelm Zachow
Vorsitzender

Gisela Lenk

Hendrik Lowey

Sitz des Unternehmens

21335 Lüneburg, Uelzener Str. 120

Tel. (0 41 31) 7 25-0
Internet

Fax (0 41 31) 40 34 02
www.LKH.de